

# Studierendenschaft der Universität Hamburg

Geschäftszeichen: 00/4/24

## - Versammlung der Studierenden -

24. Oktober 2024

### **Protokoll – Versammlung der Studierenden**

am 24.10.2024, 16.00 in der Edmund-Siemers-Allee 1, Westflügel, Raum 221

Anwesend: 38 Studierende

#### **Formalia**

Paul Veit (Präsident des Studierendenparlamentes) eröffnet die Versammlung. Er stellt sich und die Vizepräsidentin Marla Myketin vor und erklärt, dass beide zunächst die Versammlung leiten, da er zu diesen eingeladen hat, Der Versammlung stehe es offen, eine andere Leitung zu wählen.

Er stellt fest, dass die Versammlung nicht beschlussfähig ist. Daran kommen keine Zweifel auf.

Er schlägt vor, dass die auf der Tagesordnung vorliegenden Themen trotzdem behandelt/diskutiert werden.

---

Die Änderung der Tagesordnung (TO) wird beantragt.

Die Unterfinanzierung der Universität soll zuerst behandelt werden, dann die des Studierendenwerks, danach die restlichen TO-Punkte.

Eine andere Person spricht sich für den Antrag aus.

Paul Veit begründet den TO-Vorschlag des Präsidiums des Studierendenparlamentes (SP) damit, dass diese auf der zeitlichen Reihenfolge der Einreichungen beruhe.

Abstimmung: 20 Stimmen für den Vorschlag des SP-Präsidiums, 19 Stimmen für den Antrag auf Änderung, eine Enthaltung

---

Eine Begrenzung der Redezeit auf 5 Minuten wird vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis: 21:21:0 → abgelehnt

---

#### **Studierendenwerk/Mensa**

Redner\*in 1:

Zu Beginn wird erläutert, was das Studierendenwerk überhaupt sei. Es wird auf das akute Problem der Unterfinanzierung hingewiesen, das zu Sparmaßnahmen wie der Streichung von Klopapier in Wohnheimen, Mieterhöhungen und steigenden Mensapreisen führe. Die Forderung lautet, mehr in die soziale Infrastruktur anstatt in die Rüstung zu investieren. Zudem sollen Mensen und

Wohnheime als Orte des Austauschs unter Studierenden gefördert werden. Abschließend erfolgt ein Aufruf zur aktiven Beteiligung an der Diskussion über die finanzielle Ausstattung des Studierendenwerks.

Redner\*in 2:

Die nächste Person hebt hervor, dass ein strukturelles Problem der Unterfinanzierung vorliege und Maßnahmen wie Mieterhöhungen lediglich Symptome dessen seien. Es wird kritisiert, dass die politischen Entscheidungsträger die Krise auf die Bevölkerung, insbesondere auf Studierende, abwälze. Die Anliegen der Studierenden finden ihrer Meinung nach zu wenig Beachtung. Auch der studentische Vertreter in der Vertreterversammlung des Studierendenwerks steht in der Kritik. Obwohl von höheren Steuereinnahmen die Rede sei, bleiben die Mittel für das Studierendenwerk mit 7 Millionen Euro gering, während der Gesamthaushalt 12 Milliarden Euro betrage. Die knappen Mittel für öffentliche Einrichtungen werden mit der Aufrüstung begründet. Die Person fordert mehr Engagement seitens der Studierenden und macht auf die Bedeutung sozialpolitischer Umverteilung aufmerksam, besonders im Vorfeld der Bürgerschaftswahl. Es wird betont, dass Studierende mehr über laufende Kampagnen informiert werden sollten und studentisches Engagement nicht delegitimiert werden dürfe.

Redner\*in 3:

Eine weitere Stimme aus der Runde stellt die Anträge der Linken-Fraktion in der Bürgerschaft vor, die auf eine bessere Finanzierung des Studierendenwerks und der Universitäten abzielten, jedoch abgelehnt wurden. Dabei wird kritisiert, dass dem Senat Bildung und soziale Gerechtigkeit kein ausreichendes finanzielles Engagement wert seien. Die Sparmaßnahmen würden auf den Schultern der Studierenden lasten. Der Appell geht an den Senat, das Thema ernst zu nehmen und auf die Bedürfnisse der Studierenden zu hören.

Redner\*in 4:

Ein Aufruf zur Aktion folgt mit der Aufforderung, an der „Wir wollen wohnen!“-Demo teilzunehmen. Ziel sei es, den Senat und die Bürgerschaft auf die Dringlichkeit der Wohn- und Finanzierungsprobleme aufmerksam zu machen.

Redner\*in 5:

Anschließend wird betont, dass politische Entscheidungen nicht allein im Senat getroffen werden, sondern dass die Zivilgesellschaft eine entscheidende Rolle spiele. Mehr gesellschaftliche Teilhabe wird gefordert, im Gegensatz zu einer Erhöhung der Militärausgaben. Die bürgerlich-demokratischen Parteien und deren Behauptung der Alternativlosigkeit müssten hinterfragt werden. Ein neues Verständnis von Umverteilung sei erforderlich, und die Studierendenschaft solle aktiv an der Verbesserung ihrer Lebens- und Studienbedingungen mitwirken.

Redner\*in 6:

Eine andere Stimme kritisiert die hohen Ausgaben für das Militär im Bundeshaushalt, die im Vergleich zu den Ausgaben für Wohnen, Bildung und Gesundheit übermäßig erschienen. Gleichzeitig wird bemängelt, dass die Vertreter\*innen im Studierendenwerk einer Erhöhung der Gebühren zugestimmt haben.

Redner\*in 7:

Daraufhin wird erläutert, dass der Senat Druck ausübe, indem argumentiert wird, dass finanzielle Mittel eher für Flüchtlinge als für Bildung bereitgestellt werden müssten. Es wird auch Kritik an der intransparenten Entscheidungsfindung und der Hinterzimmerpolitik innerhalb der Vertreterversammlung des Studierendenwerks geübt.

Redner\*in 8:

Eine persönliche Erfahrung schildert jemand, der oder die seit fünf Jahren im Studierendenwohnheim lebe und seit dem Einzug eine Mieterhöhung von 24 Prozent hinnehmen müsste.

Redner\*in 9:

Es folgt eine Forderung nach einer ausreichenden Finanzierung der Universitäten, um Bildungsgerechtigkeit zu ermöglichen. Die konkreten Vorschläge umfassen eine maximale Miete von 270 Euro für Wohnheimplätze, den Ausbau von Wohnheimen für mindestens 15 Prozent der Studierenden bis 2030, sowie die Stabilisierung oder Senkung der Semesterbeiträge und Mensapreise. Es wird darauf hingewiesen, dass alle Bildungsbereiche angemessen finanziert werden müssten und nicht gegeneinander ausgespielt werden dürften. Zum Abschluss wird für eine Unterschriftensammlung im Rahmen einer Kampagne geworben.

Redner\*in 10:

Eine weitere Person betont, dass die Probleme nicht aus der Böswilligkeit des Senats entstünden, sondern aus strukturellen Machtverhältnissen und ideologischen Rahmenbedingungen wie unzureichenden Erbschaftssteuern und der Schuldenbremse. Obwohl Rot-Grün sich als menschenfreundlich darstelle, würden auch sie durch strukturelle Probleme behindert. Es wird darauf hingewiesen, dass der Austausch unter Studierenden nicht immer progressiv und links sei, sondern auch andere politische Richtungen einnehmen könne.

Redner\*in 11:

Abschließend wird die neoliberale Ideologie kritisiert, die der Gesellschaft schade. Versammlungen wie diese sollten dazu dienen, mehr Bewusstsein und gegenseitigen Kontakt unter den Studierenden zu fördern. Kritik wird an den Corona-Maßnahmen in den Wohnheimen geäußert. Die Person betont, dass Politik nicht ausschließlich in Parlamenten gemacht werde, was ein neoliberales Missverständnis sei. Die „Wir wollen wohnen!“-Kampagne wird als zu unspezifisch bezeichnet, und es wird gefordert, konkretere Forderungen in den Vordergrund zu stellen.

## **Unterfinanzierung der Universität**

Redner\*in 1:

Es wird betont, dass die Universität seit langer Zeit mit einer strukturellen Unterfinanzierung zu kämpfen habe. Die genaue Finanzsituation der Uni sei weitgehend unbekannt. Es wird darauf hingewiesen, dass die laufende Kampagne an das Uni-Präsidium übermittelt werden solle. Die Kommunikation innerhalb der Universität über die Finanzlage zeuge von einer Aufgabe des

politischen Kampfes um die Ausfinanzierung, während man sich nach außen als Exzellenzuniversität präsentiere. Dadurch entstehe der Eindruck in der Politik, dass die Uni keine zusätzlichen Mittel benötige. Zudem wird auf die prekären Beschäftigungsbedingungen hingewiesen. Eine Bedarfsaufstellung der Universität sei dringend notwendig, da sie nicht genügend Mittel erhalte, um ihre Aufgaben im öffentlichen Interesse zu erfüllen. Die Universität werde von der Politik als ein brodelnder Topf sozialer Proteste wahrgenommen, weshalb sie nur Beschwichtigungsgelder erhalte, ohne dass das strukturelle Problem gelöst werde. Abschließend wird betont, dass die Auseinandersetzung in die Öffentlichkeit der Universität getragen werden müsse.

Redner\*in 2:

Es wird eine Zwischenfrage gestellt, ob über den Antrag beschlossen werden könne. Paul verneint dies mit der Begründung, dass keine Beschlussfähigkeit bestehe und kein Antrag oder keine Abstimmung gemäß Artikel 22 der Satzung möglich sei.

Redner\*in 3:

Es wird darauf hingewiesen, dass die Gestaltung der Forschung an der Universität besprochen werden müsse. Angesprochen wird die mögliche Öffnung von DESY für Rüstungsforschung. Die Universität solle sich jedoch verstärkt auf Friedensforschung, soziale Forschung und ähnliche Bereiche konzentrieren. Daher sei eine angemessene Finanzierung besonders wichtig.

Redner\*in 4:

Es wird vorgeschlagen, ein Meinungsbild über den Antrag einzuholen. Im Anschluss wird der Vorschlag eines vorherigen Redners aufgegriffen, über die Resolution abzustimmen. Die Resolution findet eine eindeutige Mehrheit, und es wird gefordert, dass sich die unterschiedlichen Listen im Studierendenparlament dieses Themas annehmen.

## **Semesterticket/HVV**

Redner\*in 1:

Es werden mehrere Fragen an den AStA gestellt. Wie setzt sich der AStA mit dem HVV und den politisch Verantwortlichen auf Bundesebene für eine Rücknahme der Preiserhöhung des Deutschlandtickets auseinander? Wie arbeitet der AStA mit anderen Hochschulvertretungen in Hamburg zusammen, um eine gemeinsame Kampfstrategie zu entwickeln? Zudem wird nach dem Stand bezüglich der Bereitstellung des Tickets für Personen ohne digitales Endgerät gefragt. Abschließend wird betont, dass mehr Druck auf Verhandlungsebene und in der politischen Öffentlichkeit notwendig sei.

AStA-Vorsitzende:

Die AStA-Vorsitzende erklärt, dass der Grund für das digitale Ticket in der Ausrichtung der Stadt Hamburg auf die Digitalisierung liege. Sie selbst sei kein Fan des digitalen Studierendenausweises. Zur dritten Frage stellt sie klar, dass weiterhin analoge Tickets für Studierende ohne digitales Endgerät möglich seien, obwohl der HVV sie lange Zeit nicht zur

Verfügung gestellt habe. Zu den ersten beiden Fragen erläutert sie, dass der fzs-Vorstand mitwirke und der Austausch in der Landes-Asten-Konferenz stattfindet.

### **BAföG-Kampagne**

Redner\*in 1:

Es wird darauf hingewiesen, dass die Kampagne bereits seit längerem laufe. 77% der Studierenden liegen unter der Armutsgrenze, was verdeutlicht, dass die Studierendenschaft keineswegs elitär sei. Es wird betont, dass eine gute Vernetzung auf Bundesebene aufgebaut worden sei. Der 18.11.2024 soll als Bezugstag für eine Kundgebung dienen. Zudem werden historische Hintergründe zum Internationalen Studierendentag erläutert. Abschließend wird auf die Planung einer gemeinsamen Demo mit ver.di im Dezember hingewiesen.

**Ende der Versammlung**